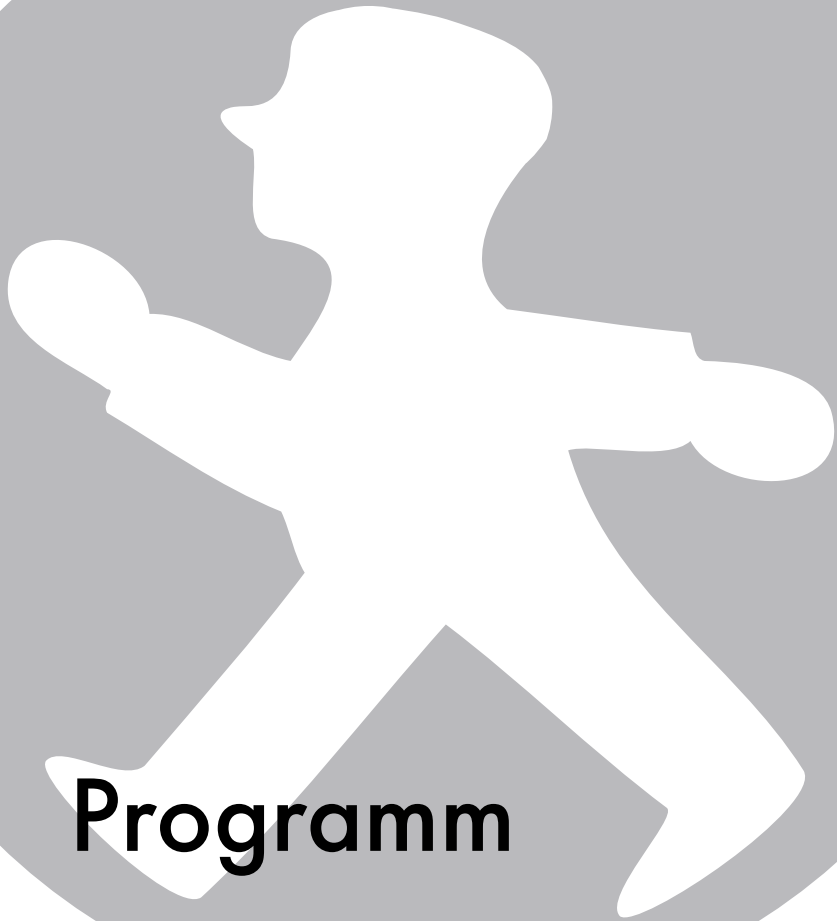


CampusGrün Hamburg



Programm

Beschlossen am 6. Oktober 2008

Impressum

Herausgeber: CampusGrün Hamburg

c/o Fachschaft Informatik
Universität Hamburg
Vogt-Kölln-Str. 30
22527 Hamburg

E-Mail: kontakt@campusgruen.org

Web: <http://www.campusgruen.org/>

V.i.S.d.P.: Moska Timar

CampusGrün Hamburg ist eine eingetragene studentische Vereinigung an der Universität Hamburg.

CampusGrün Hamburg wird vertreten durch den Vorstand, derzeit bestehend aus: Moska Timar, Christoph Sondag (Vorsitzende), Julia Schöneberg (Schatzmeisterin), Kai Hildebrandt und Martin Burmester.

CampusGrün Hamburg ist Mitglied von *Campusgrün - Das Bündnis grün-alternativer Hochschulgruppen*.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Präambel

Im Mittelpunkt unserer Politik steht die Hochschule und ihre Studierenden. Wir stehen für einen Kreis von Grundwerten, nicht für eine Ideologie. Wir treten an um mit unserem Engagement die Bedingungen an der Hochschule und für die Studierenden zu verändern und zu verbessern.

CampusGrün Hamburg ist eine parteiunabhängige hochschulpolitische Interessengemeinschaft Studierender aller Fachbereiche an der Universität Hamburg mit dem Ziel die Studierenden der Universität Hamburg zu repräsentieren sowie an der politischen Willensbildung der Studierenden unter demokratischen Grundsätzen teilzunehmen.

Ökologie

Spätestens seit dem 4. UN-Klimabericht 2007, der die verheerenden Folgen des Klimawandels prognostiziert, sind Themen wie Nachhaltigkeit und Ökologie in der Mitte der Gesellschaft angekommen. JedeR von uns hat eine Verantwortung für die Welt in der wir leben und sollte auch entsprechend handeln. Auch und gerade an Orten an denen viele Menschen zusammenkommen, wie an der Universität, können und müssen die Dinge angepackt und bewegt werden.

Uns geht es sowohl um eine ökologisch sinnvolle Ausrichtung der Universität als auch um die Stärkung des ökologischen Bewusstseins der Universitätsmitglieder. Dazu gehört neben Maßnahmen wie der regelmäßigen Wartung von Gebäuden in Hinsicht auf Wärmeschutzdämmung, Toilettenspülungen und Wasserhähne auch die Verankerung ökologischer Aspekte in den Lehrinhalten.

Wir unterstützen das Angebot von Bio-Essen in den Mensen und setzen uns dafür ein, dass dieses Angebot beibehalten und ausgebaut wird. Zudem sollen Teile des Sortimentes durch fair gehandelte Waren ersetzt werden.

Weiterhin setzen wir uns für die flächendeckende Nutzung von Recyclingpapier in den uneigenen Druckern und Kopierern aber auch in denen der umliegenden Copy-Shops ein. Recyceltes Papier ist nicht nur erheblich umweltfreundlicher, sondern auch preisgünstiger, was es der Universität Hamburg ermöglichen würde, das so eingesparte Geld weit sinnvoller einsetzen zu können.

Besonders wichtig ist für uns die Installation von Solarpaneelen auf den Dächern universitärer Gebäude zur Erzeugung von Solarstrom. Mit dieser Investi-

tion kann die Universität einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und gleichzeitig die eingenommenen Gelder sinnvoll für weitere Projekte nutzen.

Demokratie

Die demokratischen Grundrechte der Studierenden werden von den meisten nicht wahrgenommen, das zeigt nicht nur die geringe Beteiligung an Wahlen zu universitären Entscheidungsgremien – seien es Wahlen zum Studierendenparlament, zu Fachschafts- oder Fakultätsräten – sondern auch die Unwissenheit der meisten Studierenden über die studentische und akademische Selbstverwaltung. Für viele Studierende sind das Studierendenparlament (kurz StuPa), der Akademische Senat (AS), Fachschaftsräte (FSR) und selbst der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) inhaltslose Fachbegriffe. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar. Nicht jedeR soll zur/zum PolitikerIn werden. Doch jedeR sollte in der Lage sein, sich zu Themen äußern und sich beteiligen zu können. Wahlbeteiligungen müssen Zahlen erreichen, bei denen sich auch zurecht von einem Abbild der studentischen Meinung sprechen lässt. Hochschulpolitik muss transparent und attraktiv gestaltet sein. Hierzu müssen insbesondere die Aktivitäten bzw. Inaktivitäten des AStA offen gelegt werden.

Für das StuPa fordern wir eine Geschäftsordnung, die Nicht-Parlamentariern wieder verstärkt die Möglichkeit zu reden gewährt und damit auf konstruktive Diskussionskultur statt Ausschluss setzt.

Teilautonomie

Ein weiterer wichtiger Aspekt für die studentische Mitbestimmung waren und sind teilautonome Referate. Sie setzen sich für die Belange strukturell benachteiligter Gruppen auf dem Campus ein. Dabei vertritt sich jede Gruppe selbstbestimmt, um sich losgelöst von herrschenden Mehrheiten, für ihre eigenen Interessen einsetzen zu können.

Teilautonome Referate sind wichtig um sich kompetent den Problemen anzunehmen, die vom alltäglichen „Service“ von Universität und AStA übersehen werden. Ihre Arbeit muss durch eine Satzung geregelt und die Wahlen müssen transparent gestaltet sein.

Teilautonome Strukturen müssen wieder gestärkt und ausgebaut werden und nicht wie zurzeit der Fall geschwächt und gestrichen werden.

Hochschulrat

Eine Universität sollte eine sich selbst verwaltende Institution sein. An der

Universität Hamburg jedoch geht die „strategische Steuerung der Hochschule“¹ vom Hochschulrat aus. Dieser hat neben der/dem Vorsitzenden acht Mitglieder, unter ihnen keine studentischen VertreterInnen. Vier dieser Mitglieder werden vom Akademischen Senat bestimmt in dem ohnehin nur drei von 19 VertreterInnen Studierende sind. Von studentischer Mitbestimmung bei der „strategischen Steuerung“ lässt sich also kaum reden. Auch wann und wo Sitzungen des Hochschulrates stattfinden bleibt im Verborgenen. Beschlüsse werden gefasst und ohne weitere Diskussion umgesetzt. Dies bescherte uns z.B. unser Studierendenkontrollsystem STINE. Mitspielen darf im Gegensatz zu uns aber unter anderem der Vorstandssprecher der Hamburger Sparkasse AG (HASPA), welcher einer der vier vom Hamburger Senat bestimmten Mitglieder im Hochschulrat ist.

Wir fordern eine Abschaffung des Hochschulrates, da Entscheidungen, welche die Hochschulen betreffen auch von den Menschen getroffen werden müssen, die die Hochschule bilden – den Mitarbeitern, ProfessorInnen und den Studierenden an der Universität.

Studiengebühren

Wir lehnen Studiengebühren nach wie vor im Grundsatz ab und damit auch das neue Gebührengesetz der schwarz-grünen Koalition.

Durch das neue Gesetz wurden die Studiengebühren von 500€ auf 375€ pro Semester verringert. Die dadurch wegfallenden Gebühreneinnahmen werden offensichtlich durch den Wegfall wichtiger Befreiungsgründe kompensiert. D.h. die Gebührenminderung wird von den Eltern und Behinderten unter den Studierenden getragen. Auch die großspurig angekündigte „regelhafte Nachlagerung“ entpuppt sich bei näherem Hinsehen als gewöhnlicher Studienkredit, für den die Stadt während des Studiums (max. Regelstudienzeit + zwei Semester) die Zinsen übernimmt. Immerhin übernimmt die Stadt die kompletten Kreditzahlungen, falls ein Kreditnehmer zehn Jahre nach dem Studienabschluss noch immer ein Jahreseinkommen von 30.000€ unterschreitet.

Auch von „regelhaft“ kann bei diesem Modell nicht die Rede sein, da die Nachlagerung von jedem Studenten für jedes Semester neu beantragt werden muss. Nicht-EU-Ausländer und ältere Menschen sind komplett von dem Verfahren ausgeschlossen und müssen sofort zahlen.

Wir sehen in diesem Gebührengesetz einen schlechten Kompromiss, der die zunehmende Ökonomisierung der Bildung und den schrittweisen Rückzug der

1 <http://www.verwaltung.uni-hamburg.de/gremien/hochschulrat.html>

staatlichen Verantwortung nicht stoppt, sondern erstmals auch durch die grüne Partei in einer Koalition akzeptiert wird. Bildung darf nicht zur Ware und die Universität nicht zu einem Wirtschaftsunternehmen werden. Studiengebühren wirken wie eine Strafsteuer auf die Bildung und sind damit schädlich für unsere Gesellschaft.

Wir fordern daher nach wie vor: Eine vernünftige nachhaltige staatliche Finanzierung, die zu realen Verbesserungen für Studierende führt, muss zentrales Ziel einer Stadt sein, die auf gut ausgebildeten Nachwuchs angewiesen ist.

Verwendung der Studiengebühren

Das Hochschulgesetz schreibt vor, dass die Ausgaben aus Studiengebühren veröffentlicht werden müssen und die Studierenden an der Vergabe der Gelder angemessen zu beteiligen sind. Beides ist derzeit nicht erfüllt. Der AStA darf nicht in Hinterzimmern mit dem Unipräsidium Absprachen treffen, sondern muss Positionen und Ergebnisse offenlegen und sich studentischer Kritik stellen. Wir sehen die Probleme bei der Verwendung auch als gewichtiges Argument gegen Studiengebühren, dazu müssen aber die Probleme an die Öffentlichkeit getragen werden. Dies ist Aufgabe eines AStAs.

Insbesondere muss darauf geachtet werden, dass das Geld nicht dafür verwendet wird, bestehende und neu entstehende Haushaltslöcher zu stopfen, sondern die Studiensituation zu verbessern. Wichtig ist, einer Querfinanzierung der Fächer entgegen zu wirken, denn die Mittel für Maßnahmen müssen für den jeweiligen Studiengang verwendet werden. Hier stellt sich jedoch das Problem, dass einige Fächer weniger Ausgaben haben als andere, und somit Schwierigkeiten haben, das Geld überhaupt sinnvoll auszugeben. So kann man mit Studiengebühren zwar jeden Raum mit einem Beamer ausstatten, allerdings führen solche Maßnahmen nicht zu einer Verbesserung der inhaltlichen Qualität eines Studienganges.

Die Verwendungsmöglichkeiten für Studiengebühren führen nicht wesentlich zu einer Verbesserung der Studiensituation. Es wäre auch unter diesem Aspekt erheblich sinnvoller, das Geld der Universität direkt zukommen zu lassen – so könnte mit weniger Geld und bedarfsgerechter Planung mehr erreicht werden.

Soziales

CampusGrün Hamburg setzt sich für eine grundsätzliche Gleichberechtigung der Studierenden ungeachtet ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Identität, ihrer

Abstammung, ihrer religiösen oder politischen Weltanschauung oder des Vorhandenseins einer Behinderung, ein. Alle unter den Studierenden vertretenen Gruppen sollen frei von Diskriminierung und Einschränkungen im Studienalltag studieren und sich nach ihren Möglichkeiten entfalten können.

Geschlechtergerechte Uni

Frauen stellen etwa die Hälfte der Studierenden dar, das heißt, von einer Minderheit kann nicht mehr die Rede sein. Trotzdem ist die Gleichberechtigung an der Universität nicht vollkommen durchgesetzt, Frauen werden im Uni-Alltag mit Diskriminierungen offener oder subtiler Art konfrontiert. So ist die politische Arbeit feministischer Gruppen als politische Vertretung immer noch notwendig. Gleichzeitig bedarf es einer Anlaufstelle für Opfer sexueller Belästigung im Zusammenhang mit psychologischer und rechtlicher Beratung. Deswegen sind wir für die Wiedereinführung des Frauenreferats für die Interessenvertretung eigener Belange (siehe auch Programmpunkt Teilautonomie). Darüber hinaus ist der Frauenanteil unter den Professoren viel zu gering, das muss sich unbedingt ändern. Universität und Politik sind dazu aufgefordert hier zu handeln und notwendige Schritte einzuleiten.

Familienfreundliche Uni

Um eine Universität familienfreundlich zu gestalten reicht es nicht nur Kindergartenplätze anzubieten. Diese müssen flexibel und kurzfristig im Studententakt nutzbar sein. In der Umgebung oder unmittelbar auf dem Campus bedarf es Spielflächen für Kinder; Wickelräume und Spielecken sollten nach Bedarf ausgebaut werden.

Barrierefreie Uni

Menschen mit Behinderung sind immer noch zahlreichen Barrieren im Uni-Alltag ausgesetzt. Wo diese sind und in welchem Ausmaß sie behindern, können nur Betroffene gut beurteilen.

Wir fordern daher eine starke teilautonome Interessenvertretung der geistig und körperlich Behinderten, um allen Studierenden gleichermaßen einen gerechten Zugang zum Studium zu ermöglichen.

Internationale Uni

Die Hamburger Universität zeichnet sich auch dadurch aus, dass Studierende von überall her kommen, um zu studieren. Diese Vielfalt muss unbedingt ge-

fördert und Hindernisse abgebaut werden. Dafür ist eine schnelle unbürokratische Eingliederung in den Uni-Alltag notwendig. Wir fordern einen Ausbau an Mentoring-Programmen, die ausländische Studierende aufnimmt und erste Kontakte fördert. Grundsätzlich ist wichtig, dass keine Unterschiede zwischen EU- und Nicht-EU-Ausländern gemacht werden und alle gleichermaßen gefördert werden.

Studienreform

Wir verstehen die Universität nicht als eine Lernfabrik sondern als Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden im humboldtschen Sinne. Ziele eines Universitätsstudiums sind neben der Berufsqualifikation und der Kompetenz zum (fach-)wissenschaftlichen Arbeiten, die Persönlichkeitsentwicklung und Befähigung zur staatsbürgerlichen Teilhabe. Die Gesellschaft braucht Menschen die kritisch denken, komplexe Probleme eigenständig erkennen und dementsprechende Konsequenzen ziehen. Das Ziel universitärer Lehre ist es nicht Fässer zu füllen sondern Feuer zu entzünden².

Wenngleich wir die Ziele des Bologna-Prozesses wie Mobilität im europäischen Hochschulraum und Outcome-Orientierung³ begrüßen, ist leider festzustellen, dass die Umsetzung an der Universität Hamburg zu zum Teil unerträglichen Belastungen geführt hat. Dies bezieht sich vor allem auf die hohe Prüfungsbelastung, die immense Zahl an Kontaktstunden⁴ sowie die überproportionierte Stoffdichte in einzelnen Studiengängen.

- Durch Prüfungen sollen Kompetenzen und nicht Faktenwissen nachgewiesen werden, hierfür sind geeignete Prüfungsformen zu wählen (etwa Open-Book-Klausuren oder praktische Prüfungsformen). Die Zweckmäßigkeit von Prüfungsformen ist im Einzelfall zu evaluieren. Es sollte nicht mehr als eine Prüfungsleistung pro Modul geben.
- Anwesenheitspflicht in Vorlesungen lehnen wir ab.
- Gerade in Hamburg gibt es viele Studierende die neben dem Studium ar-

2 Frei nach *Heraklit von Ephesos*.

3 Früher wurden Studiengänge nach den Lehrinhalten konzipiert, was gelehrt wurde richtete sich vielfach nach den Vorlieben und Spezialgebieten der ProfessorInnen. Dieses Verfahren nennt sich Input-Orientierung, weil man sich an dem von den Lehrenden gelieferten Input orientiert. Bei der Outcome-Orientierung geht man von den Kompetenzen aus, die Studierende am Ende des Studiums oder nach einem Modul erworben haben sollen, und die Lehrinhalte und Lehrformen werden danach ausgewählt was zur Erlangung dieser Kompetenzen notwendig ist.

4 Kontaktstunden sind die Stunden, in denen Studierende direkt von Lehrenden unterrichtet werden, also etwa in Vorlesungen, Übungen und Seminaren und im Gegensatz zu Vor- und Nachbereitung und Selbststudium.

beiten müssen um den Lebensunterhalt zu verdienen oder Kinder versorgen müssen. Die Universität muss diesen Umständen Rechnung Tragen und eine flexible Gestaltung des Studiums ermöglichen. Eine zu hohe Belastung durch Studium und externe Verpflichtungen führt leider in vielen Fällen zum Burnout und Studienabbruch.

- Es muss die Möglichkeit bestehen auch über die von der Prüfungsordnung geforderten Module hinaus an anderen Modulen teilnehmen zu können, um sich allgemein und weit blickend zu bilden. Da wo es Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Modulen gibt, sollte es sowohl möglich sein in einem gewählten Modul keine Prüfung zu machen und stattdessen ein anderes zu wählen als auch mehrere Module zu belegen und im Nachhinein über die Einbringung in die Gesamtnote zu entscheiden.
- Der Master soll an Universitäten Regelabschluss sein. Aus diesem Grund darf es für den Master keine weiteren Zugangsvoraussetzungen als einen bestandenen, fachlich relevanten Bachelor-Abschluss geben. Übergangsquoten lehnen wir ab. Die Übergangsphase zum Master ist möglichst flexibel zu gestalten.
- Auslandsaufenthalte im Rahmen des Studiums müssen stärker als bisher gefördert werden, hierzu bedarf es Angebote fachnaher Beratung in allen Studiengängen z.B. durch Erasmus-Beauftragte. Mobilitätshindernisse durch zu starre Studienordnungen müssen abgebaut werden. Die Lissabon-Konvention zur Anerkennung von Studienleistungen muss in vollem Umfang an der Universität Hamburg umgesetzt werden.
- Ziel eines Hochschulstudiums ist neben der wissenschaftlichen Qualifikation auch die allgemeine Persönlichkeitsentwicklung und die Befähigung zur staatsbürgerlichen Teilhabe. Eine Vergabe von Leistungspunkten für Gremientätigkeit ist hierfür kein sinnvoller Weg.

Wissenschaftspolitik

Die Einheit von Forschung und Lehre ist einer der Grundpfeiler der Institution Universität. Dies bedeutet nicht nur, dass Forschung und Lehre gleichberechtigt nebeneinander stehen, sondern die Wechselwirkung für beide Seiten unbedingbar ist.

Leider ist festzustellen, dass es in vielen Fragen zu einem „Übergewicht“ der Forschung gekommen ist. Durch den Rückgang staatlicher Forschungsfinanzierung über Grundmittel, ist das Einwerben von Drittmitteln für HochschullehrerInnen und Hochschulen immer wichtiger geworden, diese Mittel - wie auch

die Mittel aus der Exzellenzinitiative werden ausschließlich für die Forschung und Kriterien der Forschungstätigkeit vergeben.

Hinzu kommt, dass die Universität Hamburg in Zukunft auch ihre Grundmittel im Rahmen einer indikatorgestützten leistungs- und belastungsorientierten Mittelvergabe verteilen wird. Hier ist zu befürchten, dass HochschullehrerInnen gezwungen werden, sich auf die Verbesserung ihrer forschungsorientierten Indikatoren zu konzentrieren.

Dies führt auch dazu, dass Forschungstätigkeit und Drittmiteleinwerbung in Berufungsverfahren einen überragenden Stellenwert haben. Zukünftige Hochschullehrerinnen müssen nicht nur Erfahrung in der Lehre und ein Lehrkonzept vorweisen, sondern auch nachgewiesene didaktische Kompetenzen. Dies erfordert nicht nur Angebote der hochschuldidaktischen (Weiter-)Bildung für NachwuchswissenschaftlerInnen, sondern Kriterien der Lehre, die in Berufungsverfahren viel stärker berücksichtigt werden müssen. Dieses Problem kann nicht durch eine Exzellenzinitiative in der Lehre gelöst werden, die das Ziel hat „Leuchttürme der Lehre“ zu bauen. Wir brauchen gute Lehre in der Breite und nicht nur in der Spitze. Aus diesem Grunde lehnen wir eine Verbesserung der Betreuungsrelation auf Kosten der Anzahl an Studienplätzen ab. Einheit von Forschung und Lehre bedeutet aber auch Forschungsbezug in der Lehre, insbesondere natürlich in Masterstudiengängen. Auch in Bachelorstudiengängen ist der Bezug zu aktuellen Forschungsthemen herzustellen, hierfür ist eine bessere Förderung innovativer Lehr- und Lernformen nötig. Aus diesem Grund lehnen wir Lehrprofessuren ohne eigene Forschungstätigkeit ab. Wir fordern, dass die zu gründende Wissenschaftsstiftung der Freien und Hansestadt Hamburg bei ihrer Mittelvergabe auf folgende Kriterien Wert legt: Bezug zur Lehre, die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die Förderung von Frauen in der Wissenschaft, die Förderung von Fächern die von der bisherigen Mittelvergabepraxis der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Exzellenzinitiative des Bundes benachteiligt werden.

Die Einführung strukturierter Promotionsstudiengänge mit Lehrveranstaltungen und Modulprüfungen sehen wir kritisch. Messlatte für eine Promotionsprüfung muss eine eigenständig erbrachte, mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen abschließende Forschungsleistung bleiben.

Die Uni hat nicht nur gegenüber ihren Mitgliedern, sondern auch gegenüber der Gesellschaft als ganzes die Verpflichtung, Forschungsergebnisse sowie Lehrmaterialien der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen.

Forschungsergebnisse werden häufig in teuren Journals publiziert, anstatt sie z.B. im Internet zur Verfügung zu stellen. Hauptabnehmer dieser Journals

sind wieder Unis, die somit für die Ergebnisse universitärer Arbeit bezahlen müssen. Die Gewinne verbleiben hierbei bei den verschiedenen Verlagen wie Elsevier oder Springer.⁵

Die Uni sollte Anreize schaffen, Wissen frei zur Verfügung zu stellen - zum Beispiel indem Veröffentlichungen auf frei zugänglichen Plattformen nicht mehr gegenüber Veröffentlichungen in Journals benachteiligt werden und dazu angehalten wird, keine Exklusivveröffentlichungsrechte mehr an Verlage abzugeben.

Umzug der Universität

Die in der lokalen Presse und Politik aufgeflamnte Diskussion über den Umzug der Universität auf den kleinen Grasbrook sehen wir kritisch. Unbestreitbar ist und bleibt, dass bei Gebäuden und Infrastruktur der Uni Hamburg unmittelbarer Handlungsbedarf besteht um weiterhin eine konstruktive Lehr- und Lernatmosphäre zu gewährleisten. Eine Vielzahl von Gebäuden bedarf der dringenden Sanierung. Neben der Qualität der Gebäude lässt auch die Quantität der zur Verfügung stehenden Räumen zu wünschen übrig. Der Universität fehlen Räume für den Lehrbetrieb, seien es Hörsäle, Lern- und Arbeitsräume oder auch Räume für Fachschaften und studentische Projekte.

Bei möglichen Umzugsplänen ist es wichtig zu beachten, dass das jetzige Universitätsgelände mit dem Umfeld historisch gewachsen ist und eine bewegte Geschichte vorzuweisen hat. Es stellt somit heute das lebendige und kulturelle Zentrum des Grindelviertels dar. Ein Umzug der gesamten Universität wäre ein gewaltiger Eingriff, da gewachsene Strukturen, Geschäfte und Gastronomie aufgrund der fehlenden Klientel schließen müssten und somit ein Großteil der Lebendigkeit des Stadtteils verloren ginge.

Eine Teilverlagerung auf neue Flächen ist ein denkbare Modell, wenn dadurch die Universität nicht weiter zerstückelt wird, sondern insbesondere Bereiche die bereits jetzt ausgelagert sind zusammengeführt werden. Eine angemessene Anbindung an den Rest der Uni über den ÖPNV ist ebenfalls eine wichtige Voraussetzung.

Wir sind der Meinung, dass ein dringender Handlungsbedarf besteht. Es darf nicht sein, dass hier jahrelang Luftschlösser gebaut werden, am Campus jedoch nichts passiert. Diskussionen über so gravierenden Vorschläge wie einen Komplettumzug müssen mit allen Beteiligten geführt werden und nicht nur zwischen Behörde und Universitätspräsidium.

5 Siehe hierzu auch <http://de.wikipedia.org/wiki/Zeitschriftenkrise>